

# Beschlussbuch



## Erweiterter Landesausschuss der Jusos Sachsen

**Dresden, 6. Januar 2007**

**Übersicht über die Anträge**

Block	Nr.	Thema	Antragsteller/in	Seite
Bildung	B 2	Berufsbilder wandeln! Gender-Day einführen	Vogtland	3
Innenpolitik	I 6	Polizeiliches Führungszeugnis für Fraktions- und Wahlkreismitarbeiter	DER	4
Innenpolitik	I 7	Flieger sind keine Terroristen – Fliegerinnen auch nicht	Erzgebirge	5
Innenpolitik	I 8	Bürger brauchen Orientierung und Hoffnung	Neiße	6
Innenpolitik	I 9	Förderung koordinieren – Kultur erhalten	DER	7
Wirtschafts- und Sozialpolitik	S 4	Sonderregionen für ALG II	DER	8
Finanzpolitik	F 1	Ehegattensplitting	LAK WiSo	9
Finanzpolitik	F 2	Rücknahme der Genehmigung von Hedgefonds	Aue-Zwickau	12
Finanzpolitik	F 3	Keine Milliarden-Geschenke an Unternehmen! Unternehmenssteuerreform ohne Nettoentlastung	Vogtland	15
Finanzpolitik	F 4	Verminderter Mehrwertsteuersatz	Vogtland	16
Finanzpolitik	F 5	Gerecht besteuern – Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Medikamente	Erzgebirge	17
Organisation	O 1	Vereinbarkeit von Familie und Basisarbeit sicherstellen	Chemnitz, DER	18
Organisation	O 3	Materialien zur Mitgliederwerbung	Leipzig-Borna	19
Organisation	O 4	Flugblatt der Woche für den SPD-Landesverband Sachsen	DER	20
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	SV 1	Abschaffung nationaler Streitkräfte	Vogtland	21
Initiativantrag	IA 1	Die Übernahme-Situation bei den Auszubildenden der Deutschen Telekom AG verbessern		23

**B2 Thema: Berufsbilder wandeln! Gender-Day einführen****Antragsteller/in: UB Vogtland**

Die Jusos Sachsen fordern die Wirtschaft, Ausbildungsträger, Unternehmen, sowie öffentliche Behörden und Anstalten auf, durch Aufklärungsarbeit geschlechtsbedingte Vorurteile über bestimmte Berufsbilder zu beseitigen.

Unternehmen, Behörden und Bildungsträger fordern wir auf, geschlechtseinschränkende Berufsbezeichnungen wie „Krankenschwester“ oder „Handelskaufmann“ in ihren Aufklärungsmedien nicht mehr zu benutzen.

Wir Jusos machen uns in Zukunft noch stärker für Berufe stark, die traditionell eher von Frauen bzw. von Männern besetzt sind. Wir fordern die Änderung des „Girls Days“ in einen „Gender Day“. Wir treten damit der aktuellen Entwicklung entgegen, dass zwar Frauen durchaus in Männerberufen „schnuppern“, aber die Männer diese Möglichkeiten nicht bekommen.

Wir müssen in der Öffentlichkeit den Vorurteilen entgegen wirken, in denen es heißt, dass Männer nicht in Pflegeberufe sollten oder die Frau nichts auf dem Bau zu suchen hat. In der Jugendarbeit soll konsequent, durch Informationsveranstaltungen, die Hinterfragung traditioneller Rollenbilder durchgeführt werden.

Auch am Beispiel der staatlichen Erziehungseinrichtungen fordern wir Jusos einen höheren Anteil an männlichen Erziehern und die Ausbildung derselben. Dies kann durch Aufklärung und Verbesserung der Attraktivität dieser Berufsgruppen für Männer geschehen.

**Begründung:**

Leider ist es immer noch häufig der Fall, dass in Handzetteln oder Zeitungsanzeigen Unternehmen, Ausbildungsträger oder Behörden ihre gesuchten Auszubildenden nur maskulin oder feminin angeben. Dies schließt natürlich für die Betrachterin bzw. den Betrachter eine Suche nach dem jeweilig eigenen Geschlecht aus. Die Person wird sich also gar nicht erst für die Ausbildung bewerben. So der Fall zum Beispiel bei Suche nach „Krankenschwestern“. Natürlich gibt es offiziell den Begriff „Gesundheitspfleger/in“, jedoch ist diese Bezeichnung doch in der Öffentlichkeit kaum vorhanden.

Wir müssen aber vor allem in der Öffentlichkeit, besonders an Schulen, gegen eine gewisse „Traditionsbewegung“ entgegen treten, die darauf abzielt, dass Männer die in Pflegeberufe gehen wollen ausgelacht werden. Die beste Möglichkeit dazu wäre der „Gender Day“. Mit ihm hätten in Zukunft auch die Männer die Möglichkeit in angebliche „Frauenberufe“ Erkenntnisse zu sammeln. Der Gender Day soll ein „Schnuppertag“ für Männer und Frauen sein und nicht wie bisher die Männer ausschließen.

Die „Geschlechterquote“ wäre eine Möglichkeit für bestimmte Berufe in Pflege, Erziehung, aber auch Bau und Verwaltung mehr Männer und Frauen entgegen dieser „Traditionsbewegung“ in die Berufe zu bringen. Die „Geschlechterquote“ unterstützt die Notwendigkeit bestimmter Ausbildungsunternehmen und –träger ein ausgewogenes Verhältnis an Auszubildenden beider Geschlechter zu haben (so zum Beispiel an Krankenhäuser, wo durchaus mehr Männer in den Pflegeberufen benötigt werden).

**16 Thema: Polizeiliches Führungszeugnis für Fraktions- und WahlkreismitarbeiterInnen****Antragsteller/in: UB Dresden-Elbe-Röder**

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Neuregelung der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages einzusetzen, bei der die Erteilung eines polizeilichen Führungszeugnisses für alle Fraktions- und WahlkreismitarbeiterInnen als Einstellungsvoraussetzung vorzuweisen ist. Bei Zuwiderhandlung sollen den betreffenden Fraktionen die Zuschüsse für MitarbeiterInnen gestrichen werden.

**Begründung:**

Von allen Angehörigen des Parlaments geht eine Vorbildwirkung für die Öffentlichkeit aus. Diese kann jedoch zum Beispiel nicht von vorbestraften Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährleistet werden, die einen Großteil der parlamentarischen Arbeit leisten. Es sollte daher, analog der geänderten Geschäftsordnung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern vom 16.10.2006 eine Regelung gefunden werden, in der diese Vorbildwirkung aktiv unterstützt wird. In Mecklenburg-Vorpommern gab es Hinweise, denen zufolge die dortige NPD-Fraktion Vorbestrafte in die Parlamentsarbeit einbinden wollte. Auch in Sachsen sitzt mit der NPD eine Partei im Landtag, die eindeutige Verbindungen unter anderem zur inzwischen verbotenen Gruppe "Skinheads Sächsische Schweiz" hatte. Insofern sind hier Verbindungen zwischen einer Parlamentsfraktion und dieser Gruppe ersichtlich und eine Zusammenarbeit der Fraktion mit ehemaligen Mitgliedern dieser verbotenen Vereinigung durchaus möglich.

**17 Thema: Flieger sind keine Terroristen – Fliegerinnen auch nicht.****Antragsteller/in UB Erzgebirge**

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterzuleiten:

Die Jusos Sachsen fordern die Aufhebung des § 7 (Zuverlässigkeitsüberprüfung) Luftsicherheitsgesetz (LuftSIG) Sämtliche bereits erhobenen Daten sind sofort zu löschen.

Die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, die Bundesregierung und die sächsische Staatsregierung werden aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu starten, welche dies zum Ziel hat.

**Begründung:**

Nach den Anschlägen vom 11. September und dem Irrflug eines Motorseglers in Frankfurt am Main hat die damalige Bundesregierung im Jahre 2004 das sogenannte Luftsicherheitsgesetz in den Bundestag eingebracht, welches dann dort verabschiedet wurde. Nach §7 müssen sich alle Pilotinnen / Piloten von Motorflugzeugen und Motorseglern einer Zuverlässigkeitsüberprüfung (ZÜP) unterziehen. Pilotinnen / Piloten werden von den zuständigen Luftfahrtbehörden dazu aufgefordert, einen Antrag auf ZÜP zu stellen, da nur eine Überprüfung auf Antrag erfolgen kann. Sollte so ein Antrag von den Betroffenen nicht gestellt werden, werden den Verweigerinnen / Verweigerern Zwangsmaßnahmen angedroht (Einzug des Flugscheins). Teilweise haben schon Behörden Lizenzen nach Verweigerung eingezogen. Allerdings sind bis jetzt all diese Bescheide von Verwaltungsgerichten für unwirksam erklärt worden. Die ZÜP setzt in eklanter Weise die Beweislast um. Die Betroffene / der Betroffene muss nachweisen, dass sie / er nicht vorhat, sich mit einem Flugzeug auf etwas zu stürzen, und nicht die Behörde. Zur Überprüfung werden auch geheimdienstliche Erkenntnisse herangezogen. Auch ist nicht geklärt, was jemanden unzuverlässig bzw. zuverlässig erscheinen lässt, ein Flugzeug zu fliegen. Außerdem wird dadurch kein höherer Grad an Schutz vor terroristischen Anschlägen nach dem 11. September erreicht, da ausländische Pilotinnen / Piloten bzw. Deutsche mit ausländischem Flugschein den deutschen Luftraum weiter nutzen können. Auch ist eine potentielle Terroristin / ein potentieller Terrorist nach entzogenem Flugschein in der Lage ein Flugzeug zu führen. Also wird mit diesem Gesetz keine höhere Sicherheit erzielt, sondern nur ein höherer Bürokratieaufwand und das Aussetzen von Bürgerrechten für eine bestimmte Personengruppe. Teile des Gesetzes wurden bereits vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

**I8 Thema:                    Bürger brauchen Orientierung und Hoffnung**

**Antragsteller/in:        UB Neiße**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Jede kreisfreie Stadt bzw. jeder Landkreis wird angehalten für sich oder gemeinsam mit benachbarten Landkreisen/kreisfreien Städten unter geeigneter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Zukunftsstrategien für die eigene Entwicklung nach Vorbild des Kreisentwicklungskonzepts des Landkreis Löbau-Zittau zu erarbeiten.

**Begründung:**

Die Landkreise und kreisfreien Städte stehen vor schwierigen Aufgaben durch die Defizite in ihren Haushalten. Dies führt unter anderem dazu, dass die BürgerInnen verunsichert. Mit Hilfe eines Kreisentwicklungskonzeptes sollen die BürgerInnen einen Wegweiser ihres Landkreises erhalten und es soll ihnen eine Orientierung zur Weiterentwicklung ihrer Umgebung geben.

**19 Thema: Förderung koordinieren – Kultur erhalten****Antragsteller/in: UB Dresden-Elbe-Röder**

Die Jusos Sachsen fordern die sächsische Landtagsfraktion der SPD auf sich im Kabinett um eine Erhöhung des Etats für Kultur- und Jugendeinrichtungen einzusetzen und die gesamten, diesbezügliche Gelder zweckgebunden den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

**Begründung:**

Die Finanznot von Bund, Länder und Kommunen zwingt zu sparen, aber oftmals auf Kosten der Kultur. Kürzlich wurde bekannt, daß im Landkreis Kamenz die wenigen noch geförderten Kultureinrichtungen nicht mehr unterstützt werden. Es sei ungerecht, so heißt es, wenn nur ein Teil gefördert würde. Oft aber werden die Gelder an anderer Stelle verbraucht und den Kultureinrichtungen bewußt wenig zugestanden. Das wird das sichere Ende einiger dieser bedeuten. Der Wegfall von Kultureinrichtungen und Jugendclubs reißt empfindliche Lücken in die Kulturdecke in unserem Lande. Die Bürgerinnen und Bürger müssen einen mitunter erheblichen Zeit- und Geldaufwand in Kauf nehmen, um Kultur genießen zu können. Der Verzicht ist hierbei der scheinbar einfachste Weg. In diese Lücke preschen allerdings Organisationen mit fragwürdigen Menschenbildern vor. Mit Veranstaltungen, wie Sonnenwendfeiern bieten Rechtsextreme den Menschen eine Möglichkeit der Freizeitgestaltung und können ihre verachtende Ideologie verbreiten. Eine Unterstützung ist somit nicht einfach nur eine Förderung von Kultur, sondern eine aktive Rechtsextremismus-Prävention. Da die Kommunen anscheinend nicht von sich heraus die Kultureinrichtungen ausreichend fördern, muß das Land die Gelder zweckgebunden, in ausreichender Höhe und flächendeckend weiterleiten. Viele Kultureinrichtungen und Jugendclubs können nicht aus eigener Kraft überleben, ohne staatliche Unterstützung. Man muß den Städten und Gemeinden zeigen, dass Kultur nicht ein Topf ist, aus dem man die Mittel zum Stopfen entstandener Finanzlöcher schöpft. Sie ist auch nicht nur das Schöne und Edele, welches man zur Repräsentation von Glanz und Gloria vergangener und heutiger Tage heranzieht. Kultur ist ein Träger von Muse und Freude, sie vermittelt andere Sichten auf die Welt und dient einer angenehmen Freizeitgestaltung. Sie ist aber vor allem wichtiger Bestandteil einer Gesellschaft, die sich mit Dichtern und Denkern schmückt.

**S4 Thema: Sonderregionen für ALG II****Antragsteller/in: UB Dresden-Elbe-Röder**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen: (zudem Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion):

In Regionen, in denen die Arbeitslosenquote in drei Jahren hintereinander mehr als 15% beträgt, werden Maßnahmen für ALG II Bezieher über 30 Jahren, wie z. B. Initiativbewerbungen oder mehrfache Bewerbungstrainings, nicht mehr als Zwangsmaßnahmen eingesetzt. Das ALG II soll in diesen Regionen nicht mehr gekürzt werden können. Die Betreuung der Langzeitarbeitslosen soll nun insbesondere für die Menschen eingesetzt werden, die tatsächlich eine Beschäftigung (auch Arbeitsgelegenheiten) wollen.

**Begründung:**

Aufgrund der dauerhaften Schwäche der Wirtschaft insbesondere in ostdeutschen Regionen, scheint es wenig sinnvoll in Menschen, die ALG II empfangen, Hoffnungen mit o. g. Maßnahmen zu wecken, die dann weder von den ARGEn noch von den Betrieben gehalten werden können. Dadurch wird die Motivation sich engagiert in eine neue Beschäftigung einzubringen unnötig vermindert. Letztlich ist es auch für die Betroffenen eine ständige Bestätigung ihrer „Überflüssigkeit“, die eine vollständige Resignation verständlich macht. Um hier nicht in einen Kreislauf von Demotivation und Versagensangst zu geraten, sollen nur noch solche Maßnahmen durchgeführt werden, die auch Erfolg versprechend sind. Eine Evaluation der Effizienz von heute angewandten Maßnahmen ist also notwendig. Sicherlich kann auch die Qualität der Angebote der ARGEn und somit auch der Erfolg von solchen Maßnahmen verbessert werden, wenn sich die Fallmanager hauptsächlich um die Menschen kümmern, die sich um eine Tätigkeit bemühen. Die Kontrolle von o. g. Maßnahmen bindet schließlich auch immer Ressourcen, die zweckmäßiger eingesetzt werden könnten. Auch werden die Unternehmen entlastet, die sich mit Initiativbewerbungen befassen müssen.

**F1 Thema: Ehegattensplitting****Antragsteller/in: LAK WiSo**

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Wir Jusos Sachsen fordern die komplette Abschaffung des bisherigen Ehegattensplittings. Ersetzt werden soll dieses durch eine schrittweise Umstellung auf eine Individualbesteuerung, um die finanziellen Auswirkungen abzumildern und Planungssicherheit für die Betroffenen zu erreichen. Die freiwerdenden Mittel sollen zweckgebunden zum Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur und den Angeboten an Betreuungs- und Erziehungsleistungen für Kinder eingesetzt werden.

**Begründung:**

Fiskalische Wirkungen einer Reform der Ehegattenbesteuerung:

Mit einer kompletten Aufhebung des Splittingverfahrens hin zu einer separaten Besteuerung der EhepartnerInnen würde über die Einkommenssteuer eine Mehrbelastung von ca. 22 Mrd. Euro (Stand 2001) für die betroffenen Ehepaare entstehen. Wobei mit 20,6 Mrd. Euro (93%) überwiegend Ehepaare in den alten Ländern betroffen wären. In Bezug auf das verfügbare Haushaltseinkommen käme es zu der stärksten steuerlichen Belastung bei Ehepaaren mit mittlerem Einkommen ohne und mit Kindern und für Ehepaare, bei denen nur ein Partner erwerbstätig ist.

Aufhebung des Ehegattensplittings - Erhebliches Steuermehraufkommen:

Insgesamt betroffen von einer Aufhebung des Splittingverfahrens wären 13,5 Mio. Ehepaare. Bemerkenswert ist dabei, dass hierbei 61% der steuerlichen Mehrbelastungen bzw. 13,6 Mrd. auf Alleinverdiener-Ehepaare entfällt, die umso höhere Mehrbelastungen verzeichnen, je stärker deren Einkommen zunimmt. Dennoch ist nicht nur diese Gruppe von dem Wegfall der Splittingvorteile betroffen. Gerade bei Ehepaaren mit mittlerem und höherem Einkommen steigt der Splittingeffekt in Relation zum Haushaltseinkommen deutlich. Somit wäre die steuerliche Mehrbelastung derer bei einer Aufhebung des Splittingverfahrens erheblich. Die untersten Einkommensgruppen verzeichnen im Gegensatz kaum spürbare Effekte auf das verfügbare Haushaltseinkommen. Entscheidend hierbei ist jedoch, dass trotz der erheblichen Mehrbelastung innerhalb der Gruppe der mittleren und hohen Einkommen dies ohne Einbeziehung des Vorhandenseins von Kindern geschieht!

Position der Familienhaushalte in der Einkommenshierarchie im Durchschnitt ungünstig:

„Familie ist da, wo Kinder sind“ - aber immer weniger Ehepaare haben Kinder. Lebensgemeinschaften von Eltern mit ihren Kindern unter 16 Jahre machten 2001 nur noch ein Viertel aller privaten Haushalte aus. Diese Gruppe ist aufgrund der Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern infolge der Betreuungs- und Erziehungsleistung sowie des durch Kinder erhöhten Lebenshaltungsaufwands steuer- und sozialrechtlich benachteiligt. Dies äußert sich darin, dass deren durchschnittliches verfügbare Haushaltsnettoeinkommen um reichlich ein Fünftel niedriger ist als das der Haushalte insgesamt. Denn größten Einkommensrückstand weisen innerhalb dieser Gruppe die Alleinerziehenden auf. Dies sind überwiegend Frauen, worin sich die immer noch deutlich geringeren Verdienstmöglichkeiten im Vergleich zu Männern widerspiegeln.

Alleinerziehende Frauen haben gerade mal 50% des verfügbaren Einkommens im Vergleich zum Durchschnitt aller Haushalte bzw. 62% des Einkommens der Paar-Haushalte mit Kindern in der gleichen Altersgruppe.

Effekte auf das Arbeitsangebot:

Veränderungen beim Ehegattensplitting könnten längerfristig das Erwerbsverhalten der EhepartnerInnen beeinflussen. Denn dies gilt im internationalen Vergleich als die entscheidende Ursache für die niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland. Das zusätzliche Arbeitsangebot pendelt zwischen 375.000 Personen bei reiner Individualbesteuerung und 130.000 Personen bei dem Realsplittingmodell. Dennoch spielen hierbei auch weitere Faktoren eine Rolle. So muss der Einfluss der erzielbaren Löhne, der Restriktionen auf der Arbeitsnachfrageseite oder die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten und deren Kosten mit einbezogen werden.

Fazit:

Das Ehegattensplitting dient der Besteuerung von Eheleuten und nicht der unmittelbaren Förderung von Familien mit Kindern! Ziel sollte es jedoch sein, dass Ehepaare mit Kindern gegenüber kinderlosen Ehepaaren sowie alleinerziehende Eltern gegenüber Eheleuten mit Kindern nicht schlechter behandelt werden. Dies geschieht jedoch durch die Unterhaltsleistungen für die Kinder im Vergleich zu kinderlosen Ehepaaren. Daher müssen steuerrechtliche Reformen nun grundsätzlich an das Kind und nicht an die Ehe anknüpfen. Der verfassungsrechtliche Schutz der Ehe entspricht schon lange nicht mehr der Realität. Die Ehe als Vorstufe zur Familie ist nicht mehr zwingend. Somit ist die Entscheidung für ein Kind nicht mehr automatisch mit einer Entscheidung für die Ehe gekoppelt.

Das Ehegattensplitting entlastet im Vergleich zur Individualbesteuerung überwiegend Ehepaare mit Kindern innerhalb der mittleren Einkommensgruppe, Ehepaare mit mittlerem Einkommen sowie Ehepaare, bei denen nur ein/e PartnerIn erwerbstätig ist. Also besitzt es eine sozialpolitisch nicht unbedeutende Rolle. Dennoch besteht eindeutig ein Ungleichgewicht zuungunsten des modernen Rollenverständnisses zwischen Mann und Frau sowie der nur sekundären aber zweifelhaften Entlastung von Ehepaaren mit Kindern. Mit 22,1Mrd. Euro hätte die Abschaffung des gegenwärtigen Ehegattensplittings eine erhebliche Bedeutung für Steuereinnahmen und die Einkommensverteilung. Denn gerade eine Politik, die eher ein individualistisches Leitbild zur Rolle von Ehe und Familie in der Gesellschaft und eine wirtschaftliche Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der EhepartnerInnen in den Vordergrund stellt, kann eine erhebliche Einschränkung der Splittingeffekte bei Ehepaaren mit hohen Einkommensunterschieden durchaus rechtfertigen. Sollen darüber hinaus Kinder gefördert werden, so sind die Transfers wie Kindergeld und Erziehungsgeld oder eine Förderung der Kinderbetreuung tendenziell besser geeignet, die Einkommenssituation von kindererziehenden Familien mit niedrigerem und mittlerem Einkommen sowie die Chancen von Eltern mit Kinder auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Familienhaushalte und hier insbesondere die der Alleinerziehenden sind finanziell umso schlechter gestellt, je jünger die Kinder sind. Daher sollten aus verteilungs- und familienpolitischen Gründen diese Einkommensrückstände verringert werden und die Eltern in dieser Phase des höchsten Zeitaufwands für Betreuung und Erziehung der Kinder finanziell stärker als heute entlasten. Daher ist der Ausbau institutioneller Kinderbetreuung bereits im Kleinkindalter notwendig. Im Vorschul- und Schulbereich ist für die Kinder und

erziehende Elternteile ohnehin bedarfsgerechte Kindertageseinrichtung wichtiger als ein Ausbau der finanziellen Förderung.

Die Einkommenssituation von Familienhaushalten ist deutlich ungünstiger als die von kinderlosen Haushalten. Grund dafür ist insbesondere bei jüngeren Kindern der hohe zeitliche Aufwand für Betreuung und Erziehung in der Familie. Daher ist es wichtig, die Maßnahmenbündel, mit denen heute „Ehe und Familie“ gefördert werden, zugunsten von Kinderbetreuung umzubauen. Denn viele der bisherigen Konzepte förderten die Familien eher indirekt über die Ehe. Genau diese allein auf die Institution der Ehe bezogenen Abgabenerleichterungen im heutigen System sind für die Gesellschaft mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Denn diese Mittel fehlen einer gezielten Entlastung der Familien. Außerdem begünstigen solche Maßnahmen Verhaltensweisen wie geringe Erwerbsneigung verheirateter Frauen und zementieren somit eine der wichtigsten Ursache für den Einkommensrückstand der Familien und setzen Anreize für die Frauen, ihre Erwerbstätigkeit zu lange zu unterbrechen und somit selbstverschuldet Arbeitsmarktrisiken auf sich zu nehmen.

**F2 Thema: Rücknahme der Genehmigung von Hedgefonds****Antragsteller/in: UB Aue-Zwickau**

Die Jusos Sachsen fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen der von ihr geplanten Abschaffung von Steuersparfonds die in den §§ 112 bis 120 des Investmentmodernisierungsgesetzes (InvMG) geregelte Zulassung von Hedgefonds zurückzunehmen.

**Begründung:**

Die Bundesregierung hat sich völlig zu Recht vorgenommen, die legale Steuerflucht mit Hilfe von speziellen steuerbegünstigten Investmentfonds (Windkraftfonds, Schifffonds usw.) einzudämmen. Unbeschadet des Problems, ob die entsprechenden Gesetzesvorhaben hierzu geeignet sind, stellt sich die Frage, warum die Problematik der Aktivität von Hedgefonds davon ausschließt.

Hedgefonds haben sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem Problem für die Stabilität der Finanzmärkte entwickelt. So erklärte der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Jochen Sanio, Anfang Oktober 2005, die Hedgefonds seien „total unbeaufsichtigt“ und stellen damit eine „ziemliche Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems“ dar. Jochen Sanio sprach in dem Zusammenhang von den Hedgefonds als „großes schwarzes Loch“ der internationalen Finanzmärkte. „Keiner weiß, was dort vor sich geht.“ Unlängst erklärte der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, es wäre doch angebracht, dass man von vielen Hedgefonds mehr als nur eine Firmenadresse weiß. Auch die US-amerikanische Börsenaufsicht SEC hat angekündigt, die Aktivitäten von Hedgefonds einzuschränken.

Bekanntlich genießen Hedgefonds gegenüber üblichen Investmentfonds weit reichende Privilegien. So ist ihnen insbesondere der virtuelle Verkauf von Wertpapieren (Leerkäufe) gestattet, d.h. der Verkauf von nur geliehenen Wertpapieren, die zu einem späteren Zeitpunkt zu einem erhofften günstigeren Kurs wieder gekauft werden. Diese Transaktionen können darüber hinaus auf Kreditbasis erfolgen, wodurch sich sowohl der Umfang der Transaktionen wie auch das Risikopotential dieses Geschäftszweiges deutlich erhöht hat. Auch die Tendenz zu spekulativen Aufkäufen von Firmenanteilen mit dem Ziel, durch Verschlingungen von Unternehmen Eigenkapitalrenditen bis 20 Prozent und mehr zu erzielen, hat kräftig zugenommen.

Vor dem Hintergrund wachsender konkurrenzbedingter Risikobereitschaft zur Renditemaximierung investieren Investmentfonds und in jüngster Zeit auch Pensionsfonds immer stärker in Hedgefonds. Ihre Zahl hat sich weltweit in 10 Jahren mehr als verachtfacht (auf heute über 8.000 mit einem Anlagevolumen von mehr als 1 Billionen Euro).

Angesichts der Rücksichtslosigkeit bei Aufkauf und Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensanteilen hatte im Frühjahr 2005 der damalige SPD-Vorsitzende vor Hedgefonds-Gesellschaften gewarnt, die wie Heuschrecken übers Land ziehen und alles abgrasen, was die Renditeziele erfüllt.

### Notenbank warnt vor Finanzcrash

Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht die Stabilität des Weltfinanzsystems durch Hedgefonds gefährdet. Es drohe durch "den Kollaps eines großen Hedgefonds oder mehrerer kleiner Fonds" zu "ungeordneten Marktkorrekturen" zu kommen, schreibt die EZB in ihrem neuen Bericht zur Finanzstabilität. Besonders bedenklich sei, dass viele Fondsmanager inzwischen vergleichbare Investmentstrategien benutzen, so die EZB. Angesichts der jüngsten Marktturbulenzen erhöhe sich dadurch das Risiko, dass Anlagepositionen gleich in großem Stil und schlagartig aufgelöst werden.

### Anlagevolumen von 1200 Milliarden Dollar

Nach zuletzt hohen Renditen hat die Branche ihr Anlagevolumen auf rund 1200 Milliarden US-Dollar schrauben können. Das entspricht knapp der Hälfte der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands. Noch 1990 hatten Hedgefonds nicht einmal 50 Milliarden Dollar zur Verfügung. Die wendigen Profianleger erhöhen ihren Einsatz durch Kredite und versuchen häufig, durch milliardenschwere Investitionen die Preise in Einzelmärkten zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

### Bereits 1998 kurz vor dem Abgrund

Der Gleichlauf der Investitionen in der Branche habe inzwischen "das Ausmaß überschritten, das kurz vor dem Beinahe-Crash von Long Term Capital Management 1998 zu beobachten war", schreibt die EZB. Die Schiefelage des US-Hedgefonds hatte die Welt an den Rand einer Finanzkrise gebracht, die nur durch eine massive gemeinsame Intervention der US-Notenbank und großer Wall-Street-Banken verhindert werden konnte. Dass die normalerweise für ihren diplomatischen Ton bekannte europäische Notenbank so explizit vor einer Hedgefonds-Krise warnt, zeigt das Ausmaß der Sorge über die Lage an den Finanzmärkten. Die EZB-Experten tauschen sich mit den Notenbanken aller großen Volkswirtschaften aus.

### Kollaps eines großen Hedgefonds befürchtet

Wegen der lange Zeit weltweit niedrigen Zinsen sind Investoren hohe Risiken vor allem in Schwellenländern eingegangen - um sich dort hohe Renditen zu sichern. Jetzt, da die Notenbanken in den Industriestaaten ihre Zinsen anziehen, bestehe die Gefahr, dass Mittel schnell umgeschichtet werden, schreibt die EZB. Dies könnte zu drastischen Kursverlusten in den betroffenen Anlagekategorien führen. Die Korrektur drohe besonders solche Investoren hart zu treffen, die wie Hedgefonds mit geliehenem Geld spekulieren und daher ihre Gläubiger ständig bedienen müssen. Die Flucht aus Risikopapieren hatte bereits in den vergangenen Wochen den Absturz der Rohstoffpreise sowie der Aktien- und Anleihenkurse vieler Schwellenländer ausgelöst. An den Finanzmärkten kursierten Gerüchte, ein größerer Hedgefonds stehe vor der Pleite.

### Krise vermeidbar

EZB-Vizepräsident Lucas Papademos betonte bei der Vorstellung des Berichts zwar, das Finanzsystem sei robust, und die Bilanzen der Banken seien gesund. Das Hauptszenario der Notenbank sei deshalb, dass eine Krise vermieden werden könne. Allerdings hänge "der Ausblick an einer delikaten Balance". Die Warnung der EZB ist besonders brisant, da ein vertraulicher Bericht des EU-Wirtschafts- und Finanzausschusses kürzlich zu dem Ergebnis

gekommen war, dass die Euro-Zone für einen Finanzcrash schlecht gerüstet ist. In dem Ausschuss sind die Notenbank, die Brüsseler Kommission und die Finanzministerien vertreten.

#### Neuer Zündstoff für Hedgefonds-Debatte

Papademos wies solche Bedenken aber zurück. Die bestehenden Strukturen ermöglichten es, "eine Antwort auf mögliche Folgen einer Finanzkrise zu geben", sagte er bei der Vorstellung des Berichts. Die Analyse der EZB stößt mitten in eine Debatte über eine bessere Kontrolle der bislang weitgehend unbeaufsichtigten Hedgefonds. Die Bundesbank hatte jüngst eine freiwillige Kontrolle durch Rating-Agenturen vorgeschlagen. Auch die US-Börsenaufsicht SEC hat zuletzt die Zügel angezogen. Papademos sagte, er unterstütze Bemühungen um mehr Transparenz.

**F3 Thema: Keine Milliarden-Geschenke an Unternehmen!  
Unternehmenssteuerreform ohne Nettoentlastung!****Antragsteller/in: UB Vogtland**

Wir Jusos Sachsen fordern die sächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten auf, sich für Änderungen an der von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück geplanten Unternehmenssteuer dahingehend stark zu machen, dass die Aufkommensneutralität bei den Steuereinnahmen gesichert ist.

Andernfalls ist die Unternehmenssteuerreform abzulehnen.

**Begründung:**

Die Reform der Unternehmensbesteuerung hin zur Verbesserung der Planungssicherheit für Unternehmen und öffentlichen Haushalte und nachhaltigen Sicherung der deutschen Steuerbasis ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist es absolut inakzeptabel, wenn mit Peer Steinbrück jetzt schon ein SPD-Minister versucht SPD-Positionen aus den Koalitionsvereinbarungen aufzuweichen. Darin heißt es deutlich: „weitgehende Rechtsform- und Finanzierungsneutralität“.

Es kann nicht sein, dass wir ein 8-Milliarden Euro Steuergeschenk an Unternehmen verteilen und auf der anderen Seite nicht wissen wo wir 2-3 Milliarden für die Gesundheitsreform hernehmen.

Eine Möglichkeit wäre die stufenweise Absenkung der nominellen Steuersätze über mehrere Jahre. Damit würde ebenfalls Planungssicherheit für die Unternehmen geschaffen und inakzeptablen Steuerausfällen vorgebeugt.

**F4 Thema: Verminderter Mehrwertsteuersatz****Antragsteller/in: UB Vogtland**

Die Jusos Sachsen fordern, dass für Produkte, die Kinder und Jugendliche täglich benötigen, beispielsweise Kleinkinderpflegeprodukte oder Schulbedarf, der verminderte Mehrwertsteuersatz von 7% gilt.

**Begründung:**

Die Mehrwertsteuer, welche ab 1.1.2007 gilt, wird besonders Familien stark belasten. Für Schnittblumen und Tiernahrung gilt auch ab Januar 2007 ein vermindertes Steuersatz. Windeln, oder zum Beispiel Schulbedarf werden dagegen mit 19 statt bisher 16 Prozent besteuert. Das ist nicht mit dem Grundsatz der Verfassung, dass Familien besonders gefördert werden sollen, vereinbar.

**F5 Thema:           Gerecht besteuern – Ermäßigter Mehrwertsteuersatz  
für Medikamente****Antragsteller/in: UB Erzgebirge**

Die Jusos Sachsen fordern einen Mehrwertsteuersatz von 7 % für alle zugelassenen Medikamente – unabhängig davon, ob sie verschreibungspflichtig sind oder nicht. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine entsprechende gesetzliche Änderung einzusetzen.

**Begründung:**

Momentan werden Medikamente in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Mehrwertsteuersatz von 19 % besteuert. Währenddessen wird für Lebensmittel wie Schokolade, Bonbons und Kaffee ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 7 % anberaumt. Sprich (in diesem

Fall): was gesund machen soll, wird mehr besteuert als das, was schädigen kann. Das ist nicht nur widersinnig, sondern belastet langfristig auch die öffentlichen Kassen. Außer Deutschland gibt es kein Land in der Europäischen Union, was den vollen Mehrwertsteuersatz auf Medikamente erhebt.

Pro Jahr erhält der Fiskus rund 3 Mrd. Euro Einnahmen aus der Umsatzsteuer. Bei einer Absenkung auf 7 % würde das Gesundheitswesen rund 1,5 Mrd. Euro sparen. Angesichts der Fraglichkeit der zukünftigen Finanzierung des Gesundheitswesens und der Tatsache, dass langfristig Kosten eingespart werden müssen, ist die Absenkung der Mehrwertsteuer für Medikamente nur gerechtfertigt. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt im Gesundheitswesen beispielsweise bereits für Rollstühle, Herzschrittmacher oder Hörgeräte. Mit dieser Senkung werden Krankenkassen und Patienten /Patientinnen direkt entlastet: die Kostenersparnis bei verschreibungspflichtigen Medikamenten entlastet die Krankenkassen, niedrigere Preise bei nicht-verschreibungspflichtigen Medikamenten oder Arzneimitteln, die nicht von einer Zuzahlung befreit sind, entlasten die Patienten. Eine entsprechende Änderung ist somit solidarisch, gerecht und kostensparend zugleich.

**O1 Thema: Vereinbarkeit von Familie und Jusoarbeit  
sicherstellen****Antragsteller/in: UB Dresden-Elbe-Röder und UB Chemnitz**

Wir wollen es Frauen und Männern ermöglichen, sich ungeachtet ihrer Verpflichtung als Eltern aktiv am Jusoleben zu beteiligen. Insbesondere wollen wir ihre Mitwirkung in den Gremien und Arbeitsgemeinschaften der Jusos fördern, denn ihre Erfahrungen sind uns wertvoll und wichtig für eine glaubwürdige, an der Lebenswirklichkeit orientierte Politik.

Deshalb wollen die Jusos Sachsen künftig gewährleisten dass Kinderbetreuung während überregionaler Veranstaltungen des Juso-Landesverbandes auf Nachfrage angeboten wird. Die Aufforderung zur Nachfrage einer Kinderbetreuung muss obligatorisch in allen Einladungen zu derartigen Veranstaltungen formuliert sein. Dies gilt auch für die Juso-Unterbezirke, die bei ihren Veranstaltungen auf Nachfrage Kinderbetreuung anbieten sollten.

Weiterhin verpflichten sich die sächsischen Jusos, Initiativen für eine familienfreundlichere Parteiarbeit innerhalb der SPD zu unterstützen und mit voranzutreiben.

**Begründung:**

Die Förderung von Kindern und Familien ist ein zentraler Baustein sozialdemokratischer Politik, auch im Freistaat Sachsen und klassische Juso-Forderung. Kinder und Eltern nicht nur als Gewinn für die Gesellschaft zu betrachten, sondern auch für den Verband und die Partei muss sich dagegen noch viel stärker in konkreter Förderung und Unterstützung ausdrücken. Hier bedeutet ein verbindliches und stetiges Kinderbetreuungsangebot einen wichtigen Schritt um politische Forderungen nach außen und innerverbandliche und innerparteiliche Arbeitswirklichkeit glaubwürdig überein zu bringen.

**O3 Thema: Die Jusos sind übrigens ein linker Jugendverband! –  
Materialien zur Mitgliederwerbung****Antragsteller/in: UB Leipzig-Borna**

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Juso Bundesverband erstellt zur Mitgliederwerbung Materialien, die junge Menschen zur Mitarbeit bei den Jusos motivieren.

Dabei werden die Jusos als linker und emanzipatorischer Jugendverband dargestellt, der sich für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und soziale Sicherheit und den demokratischen Sozialismus einsetzt, ggf. auch offen gegen die Politik der SPD-Spitze. Zielgruppe dabei sind im Besonderen junge Frauen, Schüler/innen und Auszubildende.

**Begründung:**

Spätestens mit der Agenda 2010 von Gerhard Schröder, allerspätestens mit der großen Koalition, beobachten wir eine Veränderung bei den Menschen, die sich für die Jusos interessieren.

Immer weniger bereits links sozialisierte junge Menschen finden zu uns, immer mehr Interessierte identifizieren sich stark mit der Politik, die wir in vielen Punkten zu Recht kritisieren.

Den Anspruch der Juso-Doppelstrategie zu erfüllen, nach der wir nah an den linken Jugendbewegungen dran sein wollen, wird damit zusehends schwieriger. Ziel muss es also sein, unsere originäre Zielgruppe, latent linke junge Menschen aller sozialer Schichten, wieder verstärkt anzusprechen.

Dazu müssen wir neben der SPD als linker Jugendverband wahrnehmbar sein, der auch für Menschen offen ist, die zunächst einen inhaltlichen Abstand zur SPD-Politik spüren. Nur so können wir langfristig eine linke Kraft innerhalb der SPD bleiben.

Neben linker und öffentlichkeitswirksamer Politik kann eine Mitgliederkampagne unter diesen Prämissen ein guter Weg sein, mehr junge Menschen für die Jusos zu begeistern.

**O4 Thema: Flugblatt der Woche für den SPD-Landesverband Sachsen****Antragsteller/in: UB Dresden-Elbe-Röder**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Landesgeschäftsstelle wird aufgefordert, ähnlich dem Flugblatt der Woche der Bundes-SPD, jede Woche einen Flyer mit landesspezifischen Themen zu erstellen. Auf diesem sollen aktuelle Themen unter anderem aus dem Landtag oder auch der Staatsregierung behandelt werden, welche mit Zitaten und Positionen der SPD Sachsen untersetzt werden. Dieses Flugblatt soll als Download für alle sächsischen Unterbezirke auf der Homepage der SPD Sachsen zur Verfügung gestellt werden.

**Begründung:**

Mit dem Infostand-Projekt "Freitags ab vier" sind die Dresdner Jusos jeden Freitag auf der Straße präsent. Hierbei wurden zahlreiche Themenkomplexe gerade auch aus der Landespolitik behandelt, als Beispiel sei hier unter anderem der Ladenschluss erwähnt. Leider ist aktuelles Informationsmaterial mit den Positionen der sächsischen SPD nur geringfügig vorhanden, welches die inhaltliche Ausgestaltung des Projektes beeinträchtigt. Gerade auch die Landesgeschäftsstelle als Dienstleisterin für die vielen ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen sollte deshalb dieses Projekt, welches unter anderem in ähnlicher Art und Weise demnächst im Unterbezirk Chemnitz durchgeführt wird, mit allen möglichen Mitteln unterstützen. Ein erster Schritt ist deshalb die Bereitstellung dieses Flugblattes der Woche, welches mit keinen finanziellen Mehrkosten verbunden ist.

**SV1 Thema: Abschaffung nationaler Streitkräfte****Antragsteller/in: UB Vogtland**

Wir Jusos Sachsen fordern die Abschaffung aller nationalen Streitkräfte dieser Welt. Dies soll schrittweise geschehen, dabei sind die Regierungen aufgefordert, ihre Armeen allmählich abzurüsten und schließlich komplett abzuschaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte in der Abschaffung ihrer nationalen Streitkraft, der Bundeswehr, eine Vorreiterrolle spielen. Gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten soll der Wille zur mittelfristigen Abrüstung und langfristigen Abschaffung nationaler Streitkräfte erklärt werden.

Wichtige Funktionen der Bundeswehr (z.B. Katastrophen- und Entwicklungshilfe) sollten durch das Technische Hilfswerk (THW) bzw. staatliche und private Entwicklungshilfsorganisationen übernommen werden.

Wir fordern, dass internationale Streitkräfte wie die UN-Blauhelmsoldaten oder eine Europäische Friedenstruppe in begrenzten Rahmen Sicherheits- und Friedenseinsätze vornehmen sollten. Ihre Kompetenzen und vor allem ihre Strukturen müssen dabei aber reformiert werden. Internationale Streitkräfte müssen von internationalen Parlamenten (z.B. Europäisches Parlament, UNO) verwaltet und kontrolliert werden.

**Begründung:**

Diese einseitige Abrüstung wäre eine Vorleistung und Signal für andere, dass nun keine Bereitschaft mehr vorhanden ist, Konflikte mit militärischen Mitteln auszutragen.

Die schrittweise Reduzierung bietet den Vorteil, dass Bedrohungsängsten in der Bevölkerung entgegengekommen wird und wir beobachten können, wie weit sich unsere Nachbarn dem Rüstungsabbau anschließen.

"Wenn in Europa wirklich abgerüstet werden soll, muss eine Nation damit beginnen und alle damit verbundenen Risiken auf sich nehmen. Wenn dieser glückliche Umstand eintreffen wird, dann entfaltet diese Nation eine Kultur der Gewaltfreiheit, die so hoch sein wird, dass sie ihr eine universelle Beachtung und Achtung eintragen wird," sagte einmal Mahatma Gandhi.

Einseitige Abrüstung ist eine Frage des politischen Willens. Sie ist die freie und souveräne Entscheidung einer Gesellschaft, auf Militär zu verzichten und unabhängig davon, ob es eine Bedrohung gibt oder nicht. Mit modernen Massenvernichtungswaffen sind Kriege nicht mehr durchführbar. Auch innerstaatliche Konflikte können damit nicht gelöst werden. Es bedarf friedliche und zivile Formen der Konfliktlösung. Diese werden durch die Aufrechterhaltung von Militär aber verhindert, weil das Geld, die Menschen und der politische Wille in die Armeen dieser Welt investiert werden.

Deutschland ist militärisch nicht mehr bedroht - heute nicht, morgen nicht und übermorgen auch nicht. Der Kalte Krieg ist vorbei und eine autonome Landesverteidigung ist absurd geworden. Auch internationale Aufgaben der Verteidigungspolitik benötigen nicht eine Armee. Wir können durchaus auch mit Polizeikräften, Entwicklungs- und Katastrophenkräften auch außerhalb der Bundeswehr internationale Hilfsaufgaben übernehmen.

Gegen die wirklichen Bedrohungen für Deutschland, soziale Unsicherheiten oder die Zerstörung der Umwelt, kann die Armee als Betrieb, der die Umwelt selber massiv schädigt,

sowieso nichts ausrichten. Auch gegen die weltweit zunehmenden sozialen Gegensätze ist eine nationale Armee machtlos.

Militärische Repression wird die Ursachen von Konflikten, Unsicherheit und Unfrieden niemals beseitigen. Diese Probleme verlangen nach politischen Anstrengungen und diplomatischen Lösungen.

Die Entmilitarisierung der Nationalstaaten kann zur Stärkung und Reformierung überstaatlicher Organisationen wie OSZE und UNO führen. Uns ist klar, dass die Möglichkeiten und auch die politische Legitimation der OSZE und UNO verbessert werden müssen. Gremien wie der UN-Sicherheitsrat können und müssen in Zukunft noch mehr Garant für den Frieden der Welt durch außermilitärische Lösungen werden.

Wir stellen diesen Antrag auch um einen idealistischen Weg zum Weltfrieden aufzustellen. Es ist eine falsche Vorstellung, dass nationale Streitkräfte der internationalen Friedenssicherung beitragen. Wir wollen eine friedliche und solidarische Welt und mit diesem Antrag stellen wir das Präventivmittel aller Diktatoren und Regierungen gegen diese friedliche und solidarische Welt ein.

**IA 1 Thema: Die Übernahme-Situation bei den Auszubildenden der Deutschen Telekom AG verbessern.**

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag so wie an die SPD-Bundestagsfraktion:

Die Jusos Sachsen fordern die Übernahmequote bei den Auszubildenden bei der Deutschen Telekom AG sowie bei allen anderen staatlichen Institutionen/Unternehmen (auch bei Beteiligungen) auf mindestens 80%-90% zu erhöhen. Die Bundesregierung wird aufgefordert den Einfluss bei staatlichen Institutionen wahrzunehmen und durch die Aktienanteile des Bundes von der Deutschen Telekom AG (wie bei allen anderen teilstaatlichen Unternehmen), dafür einzusetzen, um die Übernahme Quote zu erhöhen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dieses zu unterstützen und nötigen falls zu initiieren. Des weiteren ist die neu gegründete Organisation Pro-Übernahme zu unterstützen.

**Begründung:**

Beispiel Telekom:

Die Zukunftsaussichten bei den Azubis der Telekom sieht schlecht aus. Sie bekommen eine erst- klassische Ausbildung im Unternehmen und werden anschließend, im allgemeinen, vor die Tür gesetzt. Die Motivation sinkt rapide bei solchen Aussichten. Das Unternehmen hat z.Z. weit über 100.000 Mitarbeiter und jährlich 4000 Azubis. Da die Aktien zum Teil in Bundeshand sind, sollte der Bund allgemein daran interessiert sein, dass das Unternehmen Deutsche Telekom AG nicht vergeist und auch in Zukunft Profit abwirft. Dies ist nur möglich, wenn regelmäßig junge Arbeitskräfte in das Unternehmen kommen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi konnte in diesen Bezug leider noch keinen Vorstoß erzielen. Deshalb haben vor kurzen, Auszubildende der Telekom eine Organisation gegründet, die ihren Namen zum Programm hat: Pro-Übernahme. Diese Organisation hat es sich zu Aufgabe gemacht, die Übernahmequote zu erhöhen, ohne den Ruf des Unternehmens zu schädigen, da sie von den Qualitäten des Unternehmens überzeugt sind.

In anderen Unternehmen ist es zum Teil üblich, dass Azubis für ein Jahr übernommen werden und erst dann aus dem Unternehmen ausscheiden. Dies hat zur Folge, dass die ausgebildeten Kräfte dann Berufserfahrung haben und so besser vermittelbar sind. Dies könnte man ähnlich in dem Unternehmen Deutsche Telekom AG handhaben. Dies sollte der Konzern allerdings jedoch nur bei denen anwenden, die nicht dauerhaft übernommen werden.

Dies ist kein Einzelfall. In vielen Unternehmen, wo der Bund Einfluss darauf hat oder auch in Ämtern und ähnlichen Institution, sieht es schlecht aus für Azubis übernommen zu werden. Dies sollten wir ändern. Darum der Antrag.

Dieser Antrag konnte nur als Initiativantrag gestellt werden weil die Organisation (Pro-Übernahme) erst nach den Wahlen zur Auszubildendenvertretung bei der Deutschen Telekom aktiv wurde. Die Wahlen fanden vom 7.11.2006-9.11.2006 statt.